

Protokoll / Wortprotokoll

der Sitzung

des Kultur- und Medienausschusses

Sitzungsdatum:	08. Dezember 2020
Sitzungsort:	Hamburg, Videokonferenz mit Livestream
Sitzungsdauer:	13:04 Uhr bis 14:33 Uhr
Vorsitz:	Abg. Gabi Dobusch (SPD)
Schriftführung:	Abg. Norbert Hackbusch (Fraktion DIE LINKE)
Sachbearbeitung:	Dr. Monika Potztal

Tagesordnung:

1. „Aktuelle Situation des NDR und die zukünftige Ausrichtung des Senders vor veränderten finanziellen Rahmenbedingungen und veränderten Seh- und Hörgewohnheiten“
(Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)
2. Drs. 22/2106 Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 12. Dezember 2013 „Zuschuss an die Hamburger Symphoniker e.V. zur Entschuldung und Zukunftssicherung des Orchesters“ (Drucksache 20/10217), Haushaltsplan 2013/2014, Haushaltsjahr 2014 Freigabe von gem. § 24 LHO gesperrten Haushaltsmitteln in Höhe von 177.000 Euro im Einzelplan 3.3 Behörde für Kultur und Medien, Aufgabenbereich 251 „Kultur und Staatsarchiv“, Produktgruppe 251.02 „Künste, kulturelles Leben, Kreativwirtschaft“, Haushaltsplan 2019/2020, Haushaltsjahr 2020
(Antrag Senat)

– Der Haushaltsausschuss ist federführend und der Kultur- und Medienausschuss ist mitberatend. –

3. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Gabi Dobusch (SPD)
Abg. René Gögge (GRÜNE)
Abg. Eckard Graage (CDU)
Abg. Norbert Hackbusch (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Regina-Elisabeth Jäck (SPD)
Abg. Claudia Loss (SPD)
Abg. Farid Müller (GRÜNE)
Abg. Dr. Christel Oldenburg (SPD)
Abg. Lisa Maria Otte (GRÜNE)
Abg. Hansjörg Schmidt (SPD)
Abg. Dr. Isabella Vértes-Schütter (SPD)
Abg. Dagmar Wiedemann (SPD)
Abg. Prof. Dr. Götz Wiese (CDU)
Abg. Peter Zamory (GRÜNE)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Cem Berk (SPD)
Abg. Miriam Block (GRÜNE)
Abg. Andreas Grutzeck (CDU)
Abg. Kirsten Martens (SPD)
Abg. Krzysztof Walczak (AfD)

III. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Behörde für Kultur und Medien

Herr	Senator	Dr. Carsten Brosda
Frau	Staatsrätin	Jana Schiedek
Herr	LRD	Tim Angerer
Frau	LRD'in	Birthe Becker
Frau	RR'in	Dr. Astrid Bernicke
Frau	Ang.	Dr. Sabine Blumenröder
Frau	ORR'in	Dr. Stephanie Kahle
Herr	RD	Dirk Schröder

IV. Auskunftspersonen

Herr Joachim Knuth, Intendant des NDR
Frau Sabine Rossbach, Direktorin des Landesfunkhauses Hamburg des NDR

V. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Dr. Monika Potztal

VI. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

3 Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter

Zu TOP 1

Der Ausschuss beschloss vor Einstieg in die Beratung einstimmig ein Wortprotokoll über diesen Tagesordnungspunkt.

Vorsitzende: Dann rufe ich jetzt auf Tagesordnungspunkt 1, "Aktuelle Situation des NDR und die zukünftige Ausrichtung des Senders vor veränderten finanziellen Rahmenbedingungen und veränderten Seh- und Hörgewohnheiten."

Das ist eine Selbstbefassung gemäß Paragraf 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft. Als Auskunftspersonen gemäß Paragraf 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft wurden angefragt Herr Joachim Knuth, Intendant des NDR, und Frau Sabine Rossbach, Direktorin des NDR Landesfunkhauses Hamburg. Und, wir haben das eben ja schon festgestellt, beide von uns angefragten Sachverständigen sind auch schon in unserer Runde. Herr Knuth, Frau Rossbach, herzlich willkommen. Es freut uns wirklich sehr, Sie heute als Sachverständige in unserer Runde zu haben. Wir wissen, Sie müssen kurz vor 14 Uhr quasi wechseln in die nächste Schaltung. Dies noch einmal als Hinweis auch an alle meine Kollegen und Kolleginnen. Von daher: Wir steigen jetzt ein. Wir haben kurze Eingangsstatements Ihrerseits verabredet und, Herr Knuth, mögen Sie vielleicht beginnen?

Herr Knuth: Ja, das mache ich sehr gern, Frau Dobusch. Ich will mit etwas Aktuellem anfangen. Wer hätte gedacht, dass wir vor zwei Stunden jetzt in doch leider negativ konnotierter Weise Klarheit offenbar in Sachsen-Anhalt haben. Also gern ein paar Worte vorweg zu der Entwicklung des heutigen Tages, die ja nicht nur mittelbar, sondern auch unmittelbar mit dem heutigen Thema zu tun hat. Reiner Haseloff hat offensichtlich die anstehende Abstimmung in seinem Landtag über den Rundfunkbeitrag gestoppt und in Magdeburg wird in diesen Stunden geprüft, ob dieses Verfahren rechtens war und ist. Darüber werden wir heute Nachmittag, das ist meine Information, mutmaßlich gegen 16 Uhr dann Klarheit haben. Ich persönlich bedauere das naheliegenderweise. Die Diskussion über diese Beitragsanpassung hatte sich in Sachsen-Anhalt in den vergangenen Wochen ja weit über die Medienpolitik hinaus zu einem Politikum der Koalition, zu einem Politikum der CDU und auch zu einer bundespolitischen Auseinandersetzung entwickelt und hier sind sehr viele Sachverhalte und Begehrlichkeiten mit Blick auf die Arbeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks miteinander vermischt worden. Wir haben uns im Intendantenkreis – Sie werden dies bemerkt haben – in den vergangenen zwei Wochen mit öffentlichen Äußerungen zurückgehalten, auch aus Respekt vor dem laufenden parlamentarischen Prozess, werden uns heute Nachmittag hierüber auch austauschen, sind natürlich auch im Gespräch mit dem ZDF und dem Deutschlandradio. Und ich glaube, ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich sage, dass wir natürlich auch sehr belastbar eine Klage beim Bundesverfassungsgericht in dieser Angelegenheit in Erwägung ziehen, und bitte um Verständnis dafür, dass ich jetzt zu Strategien, also Prozessstrategien und prozessualen Abläufen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht mehr sagen kann.

Für den NDR würde dies bedeuten – also für das Haus, das ich vertrete –, dass wir mit einem Verbleib bei 17,50 Euro bei ungefähr 35 Millionen Euro zusätzlich einzuschneidenden Erträgen pro Jahr lägen. Das ist ungefähr die Summe, die die Differenz zwischen 17,50 Euro und 18,36 Euro ausmacht. Wir haben in unserer Wirtschaftsplanung auf 18,36 Euro abgehoben und auch die 300 Millionen Euro, die wir in den vergangenen Monaten deutlich reduziert haben und die für die kommende

Beitragsperiode bis 2024 das Einschnittsvolumen darstellen, sind auf diesen 18,36 Euro geplant.

Wir haben wenig Neigung zum derzeitigen Zeitpunkt, programmlich weiter einzuschneiden und werden, um dies zu vermeiden, auch verschiedene Alternativen prüfen. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, wir planen ja, nach dem Asbest im Haus 11, dem Hochhaus in Hamburg-Lokstedt, auch einen notwendig gewordenen Neubau und wir denken jetzt auch über die Aufnahme von Krediten nach für die Finanzierung dieses Neubaus. Das würde uns für die nächsten Monate, Jahre liquide halten. Und wir werden auch verschiedene andere Wege und Mittel natürlich ausloten. Und auf ARD-Ebene, also für das Erste Deutsche Fernsehen, wird mit Sicherheit auch die Frage eine Rolle spielen, ob wir dort in Gemeinschaftseinrichtungen, Sportrechte beispielsweise oder Degeto noch weiter einschneiden, als wir es bisher getan haben.

Ich bedanke mich für Ihre Einladung und will kurz auf die Themen der heutigen Tagesordnung kommen. Wir sind die einzige Vierländeranstalt in der ARD, der Norddeutsche Rundfunk. Wir sind flächenmäßig das mit Abstand größte Haus, das auch den größten, flächenmäßig, Raum in Deutschland versorgt, also fast das halbe Bundesgebiet. Diese große und weite Unterschiedlichkeit im Norden versuchen wir in allen Facetten abzubilden. Hamburg hat dabei eine Sonderrolle – Sie wissen dies – als Metropole, als Sitz unserer Zentrale an den Standorten in Lokstedt und am Rothenbaum und natürlich auch mit Sitz von ARD-aktuell und unserer Tochter, Studio Hamburg.

Wir sind in der ARD eine der tragenden Säulen. Das liegt vor allen Dingen an ARD-aktuell, in Hamburg-Lokstedt beheimatet, mit Tagesschau und Tagesthemen und mit in diesen Wochen und Monaten einer extremen Reichweite, die auch der Pandemie und der hohen Nachfrage nach geprüften Fakten geschuldet ist. Ich glaube, dass wir bewiesen haben, dass öffentlich-rechtlicher Rundfunk in puncto Aufklärung, Pluralität und Stabilisator einer demokratischen Gesellschaft eine besondere Rolle hat.

Wir müssen über unser gesamtes Angebot hinweg – und das gilt auch für die Nachrichten – an einer Stelle deutlich besser werden, denn wir müssen ein Angebot für alle Generationen machen, also auch für die, die unter 30 und inzwischen unter 40 sind und viel Zeit mit nonlinearer Bewegtbild verbringen, also auch mit YouTube und Streamingdiensten. Sie stellen ja an Ihrem eigenem Medienkonsum mutmaßlich fest, dass Sie viele Medieninhalte nur noch nonlinear und zeitsouverän nutzen. Und ich glaube, dies wird für den NDR die Hauptherausforderung dieses Jahrzehnts sein. Deshalb haben wir entschieden umzuschichten, mehr Mittel in digitale Angebote zu investieren, das Nonlineare, also Plattformen und Onlineangebote, gleichrangig mit dem Linearen zu behandeln. Das hört sich nach einem kleinen Schritt an, ist aber in Wahrheit nicht mehr und nicht weniger als ein Kulturwandel, auch für viele Redaktionen.

Ein Beispiel, das Sie vielleicht kennen und was auch die Priorisierungsdebatte in unserem Haus ganz gut abbildet, ist die Geschichte des Bücherjournals. Wir hatten gemeinsam entschieden im Frühsommer, dieses Bücherjournal, das im Schnitt vielleicht noch auf 15 000 bis 20 000 Zuschauerinnen und Zuschauer kommt, nicht weiterzuführen, mit einer sehr doch im Durchschnitt älteren Fernsehzielgruppe, und haben gleichwohl gesagt, Literatur muss unverändert Menschen erreichen. Wir haben deshalb einen Podcast aufgelegt, eat.READ.sleep., produziert hier in Hamburg, ausgespielt über die Internetseiten des Norddeutschen Rundfunks, über die Audiothek und im Radio auch bei NDR Kultur und NDR Info zu hören. Wir haben bei DAS! im NDR-Fernsehen gesagt, einer sehr reichweitenstarken Sendung, einmal im Monat ist ein Buchtipps und die Vorstellung einer unabhängigen Buchhandlung im Norden unbedingt notwendig. Und wir haben unlängst eine Woche der NDR Büchertage gemacht. Also all dies, um auch auf anderen Ausspielwegen distribuierend andere Zielgruppen zu erreichen, jüngere Zielgruppen. Ich

halte dies für zwingend notwendig, was unsere Beitragslegitimation in den kommenden Jahren angeht, alle Dekaden zu erreichen.

Deshalb verändern wir die Strukturen. Wir wollen durchweg crossmedial arbeiten. Wir haben jetzt mit den Bereichen Information und Nachrichten begonnen, das wird im Jahr 2021 in Lokstedt zusammengezogen im ehemaligen ARD-aktuell-Haus. Wir haben dies für den Sport vereinbart, dort existiert eine solche Zusammenarbeit schon zwischen Onlineradio und Fernsehen. Und wir werden dies auch für die Kultur in den nächsten Monaten entsprechend implementieren.

Wir werden dann die Zuordnung der Programmdirektion verändern. Das gehört auch dazu, weil ich glaube, dass wir dadurch nicht nur Synergien entwickeln, sondern auch verbesserte Angebote. Und ich will Ihnen ein Beispiel nennen, wie diese Priorisierung aussieht. Wir haben in der ARD ab Anfang Januar hier in Hamburg auch die Zuständigkeit für die ARD Infonacht, die lag bisher in Halle beim Mitteldeutschen Rundfunk und versorgt alle Informationsradios der ARD von 22 Uhr bis morgens um 6 Uhr mit aktuellen Informationen. Das werden wir hier in Hamburg am Standort Lokstedt produzieren und damit haben wir im Grunde genommen für die Informationsangebote der ARD sowohl Tageschau, Tagesthemen, Tagesschau.de als auch jetzt im Radio die Nachtversorgung. So etwas halte ich für gute Vorsorge, weil ich glaube, wir werden mit einem solchen Informationsangebot auch Ende der Zwanzigerjahre noch ganz sicher unterwegs sein. Und ich vermute, die Bedeutung solcher Angebote wird steigen.

Dieser crossmediale Wandel findet statt in Zeiten der Reduktion, das wissen Sie. Wir geben deutlich weniger aus in den nächsten Jahren für Sportrechte. Das wird Auswirkungen haben bei den Rechten der Fußball-Europameisterschaft 2024 in Deutschland. Wir geben weniger aus für Unterhaltung, das ist der tiefste Schnitt, den wir sowohl in der ARD als auch hier im NDR gemacht haben. Wir streichen Investitionen. Wir werden Immobilien, die wir nicht mehr brauchen, verkaufen. Wir werden unsere Standards in der Produktion auch reduzieren, weil nicht jede Nachrichtenminute wie ein Feature klingen muss und nicht jeder Nachrichtenfilm die Qualität einer großen Doku haben muss. Und wir werden auch in den kommenden Jahren Stellen abbauen, um Fixkosten zu senken.

Wir sind – Stand heute – bei den in Rede stehenden 300 Millionen Euro inzwischen bei knapp 280 Millionen auf dem Papier angekommen, das heißt, wir arbeiten immer fußend auf den 18,36 Euro noch mit einer Lücke von ungefähr 20 Millionen. Und jetzt müssen wir einmal schauen, wie wir in den nächsten Wochen mit diesem Magdeburger Ereignis umgehen.

Es ist das größte Kürzungspaket in der Geschichte meines Hauses. Ich bin seit 35 Jahren im NDR und ich weiß, dass wir mit vielem auch Schmerzen auslösen, weil wir Liebgewordenes aus dem Programm nehmen. Alles andere wäre auch komisch. Und ich muss auch ganz ehrlich sagen, vieles fällt mir auch schwer, weil ich ein langes Berufsleben lang vieles von dem, was wir jetzt infrage stellen, geschützt habe. Aber ganz am Ende gehört doch auch zur Wahrheit dazu, dass wir die Information, die Regionalität und die Kultur weitgehend aus den Kürzungsvorhaben herausgenommen haben. Und jetzt mit der zusätzlichen finanziellen Belastung müssen wir schauen, wie wir damit umgehen und wahrscheinlich erst einmal auf die nächsten Tage in Karlsruhe warten.

Also vielen Dank für Ihr Interesse. Ich freue mich auf die Diskussion und würde, Frau Dobusch, wenn Sie einverstanden sind, jetzt Frau Rossbach das Wort geben. Sie sitzt nämlich auch in meinem Büro, aber über einen anderen Bildschirm gebeugt. Oder wir machen einen Cut, liegt ganz bei Ihnen.

Vorsitzende: Nein, nein, das ist alles in Ordnung. Ich gebe jetzt das Wort an Frau Rossbach, genau. Frau Rossbach. Nein, nein, ich höre Sie noch nicht. Sie müssen das Mikrofon freischalten.

Frau Rossbach: So, mein Mikrofon ist an. Das Wunder der Technik und kleiner Laptops. Ja, guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren. Ich freue mich auch sehr, dass ich hier sein darf und Ihnen ein wenig über das NDR Landesfunkhaus Hamburg erzählen darf. Bevor ich nachher zu den Dingen komme, die wir nicht mehr machen werden, würde ich Ihnen gern einmal so einen kleinen Rundumschlag geben, was wir alles machen und was wir Gutes tun. Das Landesfunkhaus Hamburg sendet mit dem Radioprogramm NDR 90,3 und dem Hamburg Journal im Fernsehen ein auf Hamburg fokussiertes Informations- und Unterhaltungsprogramm, wobei bei uns der Schwerpunkt natürlich auf der regionalen Information liegt. NDR 90,3 und das Hamburg Journal senden im Jahr über 10 000 Beiträge aus und für die Stadt und liefern zu den aktuellen Formaten im NDR und der ARD Berichte und Reportagen zu. Dazu sind wir mit über 50 Reportagen und anderen Langformaten im Hauptprogramm des NDR Fernsehens vertreten.

Unsere Programme haben für die Hamburger und Hamburgerinnen einen echten Mehrwert. Neben den soliden Informationen aus der Stadt liefern wir Hintergründe, Investigatives, ja, und auch ein Heimatgefühl aus und für Hamburg. Wir sind noch da, wenn andere nicht mehr da sind, mit einer Stunde Kultur im Radio täglich, mit Ratgebersendungen, gerade jetzt in der Pandemie (...) besonders wichtig. Wir lieben das Plattdeutsche und wir sind in allen 104 Stadtteilen mit unseren Reporterinnen und Reportern unterwegs. Wir bleiben meistens als Einzige bis zum Schluss in den Bürgerschaftssitzungen und sind bei den meisten Ausschüssen dabei.

Mit Hamburg Sounds fördern wir den musikalischen Nachwuchs, die Newcomer der Stadt, das alte Hafenkonzert pflegt Tradition und Hamburgflair. Natürlich sind wir auch in den nonlinearen Medien für Hamburg unterwegs mit unserem Angebot bei NDR.de, mit unserer erfolgreichen Hamburg-App erreichen wir auch in den sogenannten sozialen Medien wie Instagram und Facebook mit unseren Formaten und Informationen unser Publikum.

Auch wir bemühen uns, neue Formate zu erfinden und zu entwickeln, auch für jüngeres Publikum. Den Kandidaten-Check zum Beispiel möchte ich hier erwähnen, zur Bürgerschaftswahl. Das hat das Landesfunkhaus zum ersten Mal gemacht und sicherlich einen guten Beitrag zur Meinungsbildung in der Stadt geleistet.

Unser virtueller Rundgang durch das Rathaus wird von vielen Lehrerinnen und Lehrern im Unterricht genutzt. Dazu bieten wir jetzt zehn Podcasts an. Unser jüngster Podcast, der Nachrichten-Podcast Hamburg Heute wird gern und, obwohl er neu ist, schon sehr, sehr gut genutzt. Regionale Informationen sind das, auf eine andere Art aufgearbeitet auch für jüngere Zielgruppen, weitere sind in Arbeit.

Und nicht zuletzt sind wir auch Partner der Kultur in Hamburg mit zahlreichen Veranstaltungen und Medienpartnerschaften. In der Corona-Zeit unterstützen wir die Künstlerinnen und Künstler in der Stadt mit Sendezeiten und Streams. Wir berichten aus Kinos, Theatern, Buchvorstellungen und vielem mehr. Und nicht nur hier sind wir im Streaming unterwegs gewesen, wir haben natürlich auch eine Pressekonferenz(?) zur Verfügung gestellt, Diskussionen und andere Events.

So, wie ich diese Einladung aber verstanden habe, wollen Sie natürlich auch wissen, wie das NDR Landesfunkhaus am Kürzungspaket des NDR beteiligt ist. Zunächst darf ich Ihnen aber sagen, dass die regionale Berichterstattung von der Geschäftsleitung eine hohe Priorität eingeräumt bekam, sodass die Landesfunkhäuser mit ihrem hohen Output

an aktuellen Berichten und Reportagen einen kleineren Beitrag leisten müssen als andere Bereiche. Dennoch hat diese Kürzung auch große Anstrengungen zur Folge auch in den kleinen Häusern, auch eben im NDR-Landesfunkhaus Hamburg. Auch wir haben priorisiert und müssen uns von einigen lieb gewordenen Dingen trennen. Die sehr erfolgreiche und das sehr beliebte Format Sommertour zum Beispiel ist in diesem Jahr Corona zum Opfer gefallen, wird aber auch nicht wiederkehren. Wir haben uns in Zeiten knapper Kassen gegen die Party und für das Programm entschieden.

Die eine oder andere Medienpartnerschaft, die wir bislang mit Einsatz unseres Personals unterstützt haben, werden wir auch leider absagen müssen. Wir werden auch im Abendprogramm Kürzungen vornehmen, wir werden früher mit den NDR Landesfunkhäusern in ein Abendprogramm einsteigen und haben das Nachtprogramm an die ARD abgegeben. Wir sind jeder Synergie im Funkhaus auf der Spur, die wir heben können, um in allen Medien präsent zu sein und kompetent zu berichten. Dazu gehört auch unser ganz neuer Plan, dem der Verwaltungsrat des NDR, Gott sei Dank, zugestimmt hat. Das ist der Zusammenschluss von Radio, Fernsehen und Online in einem Hamburg-Haus in Hamburg-Lokstedt. Hiervon erhoffen wir uns bessere Workflows, weniger Doppelbefassungen, eine neue Personalstruktur, mit der wir unsere zukünftig crossmedialen Aufgaben besser bewältigen können. – Vielen Dank.

Vorsitzende: Wunderbar. Herr Knuth, Frau Rossbach, vielen herzlichen Dank für diese Ein- und Ausblicke natürlich auch. Ich schlage jetzt vor, dass, bevor wir in eine Fragerunde einsteigen, ich allen Fraktionen die Gelegenheit gebe, in der üblichen Reihenfolge sozusagen, ein Statement, ein kurzes Statement bitte abzugeben, und dann steigen wir in die Fragen ein. Ich weiß, es hat schon einige Meldungen gegeben, das habe ich zur Kenntnis genommen. Gut, dann fangen wir einfach mit der SPD-Fraktion an. Ich nehme an, Herr Schmidt übernimmt das heute. Oder, Herr Schmidt?

Abg. Hansjörg Schmidt: Ja, vielen Dank für die Eingangsstatements. Und, ja, wie der Zufall so spielt: Als wir diese Sitzung hier terminiert haben, war das Thema zwar aktuell, aber dass es so brandaktuell ist, dass zwei Stunden vorher dieses Desaster da in Sachsen-Anhalt sich noch einmal verschärft. Das sind natürlich Zufälle, aber wie das Leben so spielt, zeigt es ja auch, dass wir, gerade was das Thema Rundfunkbeitrag betrifft, wegkommen müssen von einer Politisierung des Rundfunkbeitrags, weil, das hilft am Ende niemandem mehr. Wir haben ja auch keinen politischen Streit über andere Gebühren, die uns wichtig sind, und dass man dann ausgerechnet jetzt nach so vielen Jahren der Stabilität, wo es zwischendurch auch einmal eine Absenkung des Beitrags gab, wo ich immer das Gefühl habe, dass das, in dieser Diskussion ein wenig vergessen wird, dass man dann das wirklich so extrem zuspitzt, finde ich wenig hilfreich. Davon sollten wir wegkommen. Unser Kultursenator Carsten Brosda hat dazu ja auch einen weitreichenden Vorschlag gemacht unter dem Stichwort Indizierungsmodell. Das wäre sicherlich ganz hilfreich, um solche Situationen, wie wir sie jetzt aktuell haben, in Zukunft zu vermeiden. Dem konnten die anderen Ministerpräsidenten nicht folgen, aber vielleicht gibt es ja in Zukunft noch einmal eine Chance. Und wir Hamburger sind da ja auch hartnäckig in der Verfolgung unserer Ziele.

Was das Thema da heute betrifft, kann ich auch einfach nur noch einmal sagen, dass ein Ministerpräsident, wenn er vorher dem Kompromiss, dem Vorschlag der KEF zustimmt, dann in die Diskussion reingeht und dann seine Zustimmung wieder zurückzieht, ist das aus meiner Sicht ein Stück weit auch ein staatspolitisches Versagen, weil, es betrifft eben nicht nur Sachsen-Anhalt, sondern es betrifft alle Bundesländer und alle Sender. Wir haben das ja eben hier auch von Ihnen schon sehr eindrücklich gehört, was das nur unter der aktuellen Gebührensituation bedeutet, welche harten Einschnitte der NDR dort vollziehen muss. Und wenn das jetzt sich dann noch einmal verschlimmert, ist das eben auch für uns hier oben im Norden ein großes Problem.

Die Fragen lauten an der Stelle natürlich: Erfüllt der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Auftrag und vor allen Dingen, wie sehen auch die Aufgaben der Zukunft aus und was wird dafür benötigt? Und aus meiner Sicht sind es eben nicht nur finanzielle Mittel, sondern eben auch die notwendige Beinfreiheit. Darüber haben wir in der letzten Sitzung gesprochen, als es um den Medienstaatsvertrag ging, wo es ja auch schon um weitere Möglichkeiten ging und auch ein Stück weit Entbürokratisierung des politischen Prozesses, damit die öffentlich-rechtlichen Sender überhaupt auch Dinge durchführen können, die die Menschen ja mittlerweile auch einfordern. Also Sie hatten das in Ihren Statements ja auch gesagt: Das Thema nonlineare Ausstrahlung, die zusätzlichen Möglichkeiten, die das Internet bietet, auch da müssen natürlich die öffentlich-rechtlichen Sender auch ihre Möglichkeiten haben, sich zu entfalten. Und wenn das dann immer wieder durch einen schwerfälligen politischen Prozess läuft, ist das angesichts der Dynamik dieser Medien natürlich nicht hilfreich. Und da kommt natürlich auch dann hinzu, dass durch die veränderten Seh- und Hörgewohnheiten sich eben auch zeigt, dass das, wo man früher den Erfolg eines Senders oder einer Sendung bemessen hat, nämlich zum Beispiel an den Quoten, dass das eben ja auch nicht wirklich sinnvoll ist, sondern es geht heutzutage eben mehr um die Gesamtreichweite eines Senders und insbesondere dann natürlich auch, wenn es um regionales Fernsehen geht, auch um die Identifikation mit seinem Sender. Und da ist natürlich auch, solche Public-Value-Angebote, wie der NDR es immer wieder gemacht hat ... Und das ist dann nicht nur der Programminhalt, sondern eben auch das, was Frau Rossbach eben gesagt hat, die Sommertour, wo ich bei mir zum Beispiel in Horn gesehen habe, wie erfolgreich das auch war und wie positiv das von den Menschen auch angenommen wird, dass sie dort eben ihre Sender erleben können. Und das ist natürlich sehr, sehr schade, dass das jetzt an der Stelle dem Sparzwang zum Opfer fällt.

Und dann natürlich das große Thema Vollprogramm. Also, aus meiner Sicht macht es wenig Sinn, wenn man die Sender so weit beschneidet, dass sie eben nur noch Nachrichten und Dokus ausstrahlen. Das ist wichtig, aber zu einem Vollprogramm gehört eben auch Unterhaltung und da zeigt der NDR auch, dass er da erfolgreiche Dinge auch leistet. Also vergangene Woche, "Geheimnis des Totenwaldes", was ja maßgeblich vom NDR gestaltet wurde, ist nun einmal ein extrem gutes Beispiel dafür, welche hochwertigen Inhalte hier auch der NDR sendet. Und so etwas muss es natürlich auch in Zukunft geben. Deswegen kann ich an der Stelle immer nur sagen, auch unter Sparzwängen braucht es natürlich mehr Mut, man muss nach vorne gucken und dort eben auch dann auf die Sende- und Sehgewohnheiten der Menschen Rücksicht nehmen und darauf eingehen und eben heute auch schon daran denken, was morgen von den Menschen gefordert wird. Da sind die öffentlich-rechtlichen Sender nicht immer super innovativ, aber ich sehe auch, dass sich da in einiger Zeit etwas geändert hat und auch da ein Bewusstseinswandel einsetzt. Und deswegen hoffe ich, dass man den Weg dann auch weitergeht, weil das eben auch maßgeblich zur Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beiträgt. Und da kann ich Ihnen nur sagen: Mehr Mut wird dann eben auch mehr Akzeptanz mit sich bringen. – Danke schön.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank so weit. Dann für die GRÜNE Fraktion Herr Gögge oder Herr Müller? Haben Sie sich geeinigt?

Abg. Farid Müller: Ja, vielen Dank. Ja, erst einmal vielen Dank, Frau Rossbach und Herr Knuth, dass Sie heute uns hier uns Rede und Antwort stehen. Wenn das auch an so einem Schicksalstag für den Öffentlich-Rechtlichen geschieht, dann hat das ja vielleicht auch was Gutes, dass wir gleich im Austausch sind. Schön also, dass Sie da sind und uns dabei helfen, alles zu verstehen. Und unsere Entscheidungen in diesem Jahr sind ja schon gefallen in der Bürgerschaft. Gleichwohl geht es ja auch um die Zukunft.

Ich glaube, ich kann sagen, für uns GRÜNE ist der Öffentlich-Rechtliche ein unerlässlicher Bestandteil unserer Demokratie. Und deswegen haben wir auch alle die Sorge und die Aufgabe, dass Sie arbeiten können und Ihren Auftrag erfüllen können. So. Und über das Wie und über das Wann kann man immer reden und diskutieren, aber das Ob steht für uns als GRÜNE nicht zur Debatte.

Vor dem Hintergrund haben wir natürlich auch mit Sorge die Einsparungen von 300 Millionen in den letzten, also in diesem Jahr jetzt auch gehört und zur Kenntnis genommen und sehen aber auch gleichwohl Ihre Bemühungen hinsichtlich der Einsparungen, die Sie jetzt schon getroffen haben beim NDR. Und ein kleiner Rest steht ja auch noch aus, wie Sie ja selbst eben kurz schilderten. Und nun kommt leider ja wohl auch noch was obendrauf, und das ja auch noch jährlich. Ich habe das so verstanden, dass die 35 Millionen jährlich noch einmal drauf kämen oder die 60 Millionen. Und das wird Hamburg ja dann auch treffen. Davon muss man auch wohl leider ausgehen.

Wir finden das natürlich alles andere als richtig und gut, sondern ich glaube, man kann auch vermuten, dass in Sachsen-Anhalt es vielleicht gar nicht um die 86 Cent so sehr ging. Gleichwohl ist es bedauerlich, dass jetzt ausgerechnet an dieser Stelle der öffentlich-rechtliche Rundfunk an so einer landespolitischen Diskussion dran glauben muss.

Ich finde es aber gut – und das haben Sie ja auch noch einmal deutlich gemacht –, dass Sie sich abseits dieser Frage der Rundfunkbeiträge auch auf den Weg gemacht haben, sich den Herausforderungen zu stellen. Also nicht lineares Angebot haben Sie selbst auch erwähnt und auch gesagt, dass Sie dabei sind, dass Sie das sehr wohl sehen, dass Sie diesen veränderten Seh- und Hörgewohnheiten auch gerade der Jüngeren auch entgegenkommen müssen und wollen. Und parallel haben Sie aber gleichwohl ja auch, wenn man eben den Anspruch hat, die gesamte Gesellschaft zu erreichen, weil ja auch alle zahlen, dann eben ja auch die Aufgabe, die anderen bei der Stange zu halten ... Und in diesem Spagat möchte ich auch nicht in Ihrer Haut stecken. Sie brauchen die Unterhaltung. Sie brauchen auch ein gewisses Sportangebot, um insgesamt dem Auftrag nachzukommen und auch ein Angebot für die gesamte Gesellschaft zu machen, weil allein eine Reduzierung auf Info Richtung eines wie auch immer gearteten Infokanals, das ist ja auch nicht klar der Auftrag, den wir erteilt haben und den Sie ja auch selbst ganz anders verstehen.

Und insofern erst einmal danke. Diesen Spagat jetzt hier gehen zu müssen und jetzt noch unter veränderten finanziellen Rahmenbedingungen, das ist schon ein schöner Parcours-Ritt. Und da muss man ja auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überall in den Landesfunkhäusern auch mitnehmen bei dieser Frage und auch natürlich bei den zentralen Aufgaben, die der NDR für die ARD leistet, was jetzt "Tagesschau" und "Tagesthemen" betrifft, wo wir ja alle wissen, dass das die großen Info-Schiffe sind, die für die ganze Republik ja auch ihre Aufgabe wahrnehmen hier in Hamburg.

So weit erst einmal. Und ich denke mir, dass wir zu den einzelnen Fragen vielleicht später noch kommen werden. Das sollte ja jetzt erst ein Eingangsstatement sein. Vielen Dank.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank, Herr Müller. Ich hoffe, wir kommen noch dazu. Jetzt für die CDU-Fraktion, ich nehme an, Herr Wiese. Ja?

Abg. Dr. Götz Wiese: Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende, und auch vielen Dank an Herrn Knuth und Frau Roszbach für die Einführung. Ja, in der Tat, dieser Tag heute führt dazu, dass wir uns noch einmal sehr grundlegende Gedanken machen müssen, nicht über das Ob des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, das auch heute natürlich keiner zur Disposition stellt, aber über die auskömmliche Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Und da ist die Entscheidung, die jedenfalls eine vorläufige ist, in Sachsen-Anhalt tatsächlich

eine miserable und eine, die ich mir aus Sicht der hamburgischen Bürgerschaftsfraktion so nicht gewünscht hätte, sondern wir haben dafür gestimmt und uns sehr dafür stark gemacht, dass die Gebührenerhöhung um die 86 Cent, so wie in weiteren 14 Bundesländern es ja auch beschlossen worden ist, kommt. Und wir setzen daran, dass jetzt tatsächlich diese Entscheidung in dem Sinne noch einmal überprüft wird und dass wir idealerweise dazu kommen, dass die Gebührenerhöhung in Kraft treten kann.

Um – und deswegen noch einmal das klar zu sagen – den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auskömmlich zu finanzieren, da würde ich gleich darüber sprechen, was das im Einzelnen bedeutet, aber doch immer mit dem Grundverständnis, dass wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit seinem Auftrag zur Grundversorgung und mit dem Programmauftrag, der daraus abgeleitet wird, zur Wahrung ja auch der Demokratie in Deutschland brauchen und stärken wollen und dass wir ihn in seiner politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit brauchen und gestärkt sehen wollen, um diesen klassischen Auftrag eben nicht nur der gesellschaftlichen Meinungs- und Willensbildung, so wichtig wie eh und je und vielleicht auch wie nie zuvor, die Informationen und auch der kulturellen Verantwortung hier gestärkt zu sehen. Ich glaube, dass das ganz wichtig ist und dass wir das natürlich als CDU auch entsprechend heute betonen. Das ist wichtig. Es geht um diese Kernbereiche, wo hier auch in Norddeutschland und in Hamburg der NDR – und das ist ja auch von Herrn Knuth eben noch einmal eindrücklich bestätigt worden und auch ausgeführt worden von Frau Rossbach – teilnimmt, eben an der Nachrichtenversorgung, am demokratischen Diskurs mit all den Formaten zur Information, zur Bildung und zur Kultur und zu den anderen Dingen, die wir angesprochen haben.

Dafür brauchen wir eine auskömmliche Kostenstruktur. Wir brauchen auch einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der sich der Diskussion stellt, und das hat Frau Rossbach ja eben auch angesprochen. Wir werden das hier im Ausschuss auch weiter besprechen, auch im weiteren Verlauf der heutigen Sitzung, wo denn da die Einsparpotenziale gesehen werden und wo tatsächlich Einschnitte vorgenommen werden müssen, um – und zwar jetzt auch schon ohne das Fragezeichen hinter den 86 Cent – in dem kommenden Jahr eine auskömmliche Finanzierung gesichert zu haben. Wir glauben, die Gebührenerhöhung, so wie sie beschlossen worden ist, muss kommen.

Bleibt natürlich dann dabei, dass wir es trotzdem mit dem teuersten öffentlich-rechtlichen Rundfunk der Welt zu tun haben. Manche würden auch sagen, einen der besten auf der Welt und dass wir ein entsprechendes Programm hier sehen. Und dann sind eben Fragen auch in der öffentlichen Wahrnehmung, die gestellt werden und denen sich auch unsere Landesrundfunkanstalten stellen müssen. Sind sie genügend vor Ort? Also gerade auch dieses – wir haben es eben gehört –, das Vor-Ort-Sein auch in den Flächenländern, wird gerade in den östlichen Bundesländern ja hinterfragt, ob das da tatsächlich genügend der Fall ist. Gibt es ein Überangebot? Früher sind wir gekommen in einer Zeit, als es noch wenige Frequenzen gab, dass da der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit den Sendern, mit denen er draußen war, tatsächlich ein bestimmtes Angebot abdeckte. Jetzt wird da natürlich heute sehr viel leichter die Möglichkeit bestehen, über Frequenzen zu senden. Und dann die Frage natürlich auch, die gestellt werden muss, muss wirklich alles öffentlich-rechtlich gemacht werden, was heute technisch möglich ist.

Eine Frage, die auch gestellt worden ist und die auch gerade im Osten Deutschlands gestellt wird, ist, ob die politische Vielfalt tatsächlich im öffentlich-rechtlichen Rundfunk hinreichend abgebildet ist. Und da kennen wir diese Umfrage der Ausbildungsschule des RBB, wo eben 57 Prozent der Volontäre die GRÜNEN wählen würden, 23 Prozent DIE LINKE. Na ja, auf beide dieser Parteien entfielen bei den Landtagswahlen 2019 21,5 Prozent der Stimmen. So.

Wir haben jetzt gerade eben – ich will dann auch zum Ende kommen mit meinem Eingangsstatement – auch gesprochen über die Digitalstrategie. Dahinter steht die Frage: Erreicht der öffentlich-rechtliche Rundfunk noch die jungen Leute? Wir haben auch gesprochen über die teuren Eigenproduktionen, Sportberichterstattungen, wobei ich auch da der Auffassung bin, dass es ein guter Mix sein muss, dass die Leute auch Lust haben, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk einzuschalten, das Fernsehen zu sehen, sodass das eine gewisse Mischung ist und nicht nur ein reiner Infokanal.

So. Das ist tatsächlich das Grundverständnis, das nicht das Ob des öffentlich-rechtlichen Rundfunks infrage stellt. Das ist auch heute nicht geschehen. So. Noch einmal, so bedauerlich ich die Entscheidung in Sachsen-Anhalt auch finde und dass das natürlich den NDR in eine schwierige Situation stößt, das ist mir völlig klar, und damit müssen wir jetzt politisch umgehen. Wir werden aber nicht über das Ob des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sprechen, sondern über das Wie. Und da muss jetzt das Ziel sein, eine auskömmliche Finanzierung sicherzustellen bei all den Kosteneinsparpotenzialen, die sicherlich bestehen und über die wir dann hier in der heutigen Sitzung und auch in den kommenden Monaten weiter sprechen werden. Vielen Dank.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank, Herr Wiese. Dann jetzt DIE LINKE. Herr Hackbusch.

Abg. Norbert Hackbusch: Ja, vielen Dank.

Vorsitzende: Ich weise noch einmal darauf hin, wir haben nur bis kurz vor 14 Uhr. Denken Sie daran.

Abg. Norbert Hackbusch: Ich rede immer so kurz. Das ist ja nie das Problem. Ich will noch einmal kurz sagen, ich will jetzt nicht das Hohelied auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk anstimmen. Da sind wir im Wesentlichen ja einer Meinung. Und das Problem, was sich eben in den Diskussionen natürlich zeigte, ist, dass wir ein riesiges Thema haben, was wir bisher im Ausschuss noch zu wenig diskutiert haben. Das heißt, wir haben auch einiges an Diskussionen noch vor uns. Ich will aber noch einmal deutlich sagen, dass natürlich diese Entscheidung in Sachsen-Anhalt eine fatale, dramatische und falsche ist. Ich will aber auch in dieser Runde durchaus sagen, dass sie ja nicht so ganz überraschend kommt nach meinem Informationsstand, die Entscheidung im Koalitionsvertrag, die von GRÜNEN, SPD und CDU in Sachsen-Anhalt unterschrieben worden ist. Von daher ist die Diskussion ja nicht so ganz neu, sondern zwar fatal jetzt gegenwärtig, aber durchaus ja schon etwas länger auch vorhanden.

Das führt mich eigentlich im Wesentlichen auch dazu, zu drei Punkten, die ich noch einmal sagen will. Also wir brauchen uns jetzt gegenwärtig nicht groß zu sagen, wie notwendig, wie wichtig und wie entscheidend für demokratische Kultur der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist. Das haben wir uns gegenseitig schon bestätigt. Weil wir so wenig Zeit haben, will ich das versuchen, auf drei Punkte zu konzentrieren, die mich besonders interessieren.

Das eine ist, wieso ist es eigentlich so, dass der NDR ein besonderes Kürzungsprogramm braucht im Gegensatz zu allen anderen ARD-Anstalten, wie mir aufgefallen ist. Und das wird ja durch diese Entscheidung von Sachsen-Anhalt wahrscheinlich noch ein bisschen kräftiger werden. Das ist mir nicht deutlich geworden, weil, alle anderen legen kein besonderes Kürzungsprogramm vor, nach meinen Informationen nur der NDR. Das ist mir bisher nicht deutlich. Und da würde ich gern noch einmal die Begründung von hören.

Das Zweite: Alle, die mit dem NDR viel zu tun haben, wissen um das besondere Problem im Zusammenhang mit den Festangestellten und den Freien. Das ist eine besonders schwierige Situation. Und jeder, der persönliche Kontakte hat, weiß auch, dass da herum

einiges an Schwierigkeiten existiert und wie man das eigentlich vernünftigerweise organisieren kann. Mich würde da von Ihnen interessieren, wie denken Sie denn, dieses Verhältnis zu entspannen und vielleicht sogar günstiger zu machen. Gerade im Zusammenhang mit den Freien habe ich das Gefühl, dass deren Tarifierhöhung und deren, wollen wir sagen, eigentlich sehr wichtige Beiträge ja auch im Zusammenhang mit den Sachen, die Sie gerade darstellen im Zusammenhang mit der Vor-Ort-Berichterstattung, inwieweit das eben stärker dort auch gestärkt werden kann und auch die Situation der Freien sich stärken kann.

Das Dritte ist ein Hinweis, den man vielleicht insgesamt machen sollte: Mir scheint der NDR – um das kritisch zu sagen – zu wenig divers zu sein. Gerade wenn ich mir den angucke, da gibt es dieses schöne Beispiel von dem mit dunkler Hautfarbe und Plattdeutsch, aber wenn ich denjenigen einmal herausnehme, habe ich das Gefühl, dass diese Anforderung an Diversität im Zusammenhang mit NDR doch relativ selten erreicht wird und dass das noch ein kritischer Punkt ist.

Und der vierte Punkt, den ich kurz ansprechen will: Ich habe ja immer das Hohelied auf den NDR und die unabhängige Berichterstattung angestimmt und auch noch einmal deutlich gesagt neulich im Zusammenhang gerade auch mit der Warburg-Affäre und Cum-Ex, dass ich mich sehr gefreut habe darüber, dass es beim NDR diese Berichterstattung gibt und dass es absolut notwendig ist für einen unabhängigen Journalismus. Da würde mich aber noch einmal von Herrn Knuth interessieren, inwieweit eigentlich in dem Zusammenhang wirklich die Unabhängigkeit auch garantiert war oder inwieweit es irgendwelche Verbindungen von Senat oder der SPD zur Geschäftsleitung des NDR gegeben hat. Oder ist da wirklich die Unabhängigkeit so, wie man sich das so vorgestellt hat immer?

So weit mein kurzes Statement. Vielen Dank.

Vorsitzende: Ja danke, Herr Hackbusch. Dann noch die AfD. Herr Walczak bitte.

Abg. Krzysztof Walczak: Ja, auch ich möchte Herrn Knuth und Frau Rossbach für ihre Ausführungen danken. Es wird aber hier, glaube ich, niemanden überraschen, dass ich doch einige Punkte etwas anders sehe als Herr Knuth.

Zunächst einmal begrüße ich natürlich ganz ausdrücklich die heutige Entscheidung in Sachsen-Anhalt, die auf die maßgebliche Beteiligung der AfD an diesem Entscheidungsprozess hin erfolgt ist. Insofern finde ich es natürlich einmal wieder erstaunlich, dass die CDU sozusagen nicht hinter der CDU in einem anderen Landesverband steht, wo doch Beitragsstabilität im Koalitionsvertrag ausdrücklich vereinbart war.

Die 86 Cent, von denen hier immer die Rede ist, täuschen natürlich darüber hinweg, dass hier die Beitragsbelastung, die durch die Beitragserhöhung insgesamt entstanden wäre, doch eine ganz erhebliche ist. Wir reden ja nicht über 86 Cent, sondern wir reden ja eigentlich über 400 Millionen Euro, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk den Beitragszahler dadurch mehr gekostet hätte. Und in Zeiten der mit Corona verbundenen Härten, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lockdowns, wenn wir auch wieder die entsprechenden Berichte darüber lesen, dass jetzt auch ein harter Lockdown in Erwägung gezogen wird, wäre eine Erhöhung vollkommen unverantwortlich gewesen. Und deswegen kann man hier nur begrüßen, dass sich im Rahmen eines normalen parlamentarischen Verfahrens die Sachsen-Anhaltiner dazu entschlossen haben, dieser Beitragserhöhung eine Absage zu erteilen.

Wenn ich nun vom NDR höre und auch vom Intendanten, dass Sie den Klageweg jetzt dagegen beschreiten wollen, so ist das sicherlich das Recht, das der NDR hat, aber ich würde dann einfach noch einmal gern einen Appell auch loslassen an Sie als Intendanten, Herr Knuth. Sie sollten sich einfach einmal vergegenwärtigen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk jedes Jahr mit 8 Milliarden Euro von Beitragszahlern finanziert wird. Und wenn Sie dagegen prozessieren, so ist das wie gesagt Ihr gutes Recht, aber es gibt auch die Möglichkeit, davon abzusehen, Rechte, die man hat, auf eine unkluge Art und Weise zu betätigen. Und meiner Meinung nach wäre es hier unklug, wenn Sie damit de facto die Beitragszahler vor den Richter zerren und durchsetzen wollen, dass Sie mehr Geld haben.

Ich möchte allerdings nicht zu einseitig sein. Ich sehe das nämlich etwas anders als Herr Hackbusch. Der NDR hat 300 Millionen Euro ja eingespart. Das ist aus meiner Sicht ein erster richtiger Schritt. Die AfD steht auch dafür, dass es einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk weiterhin gibt. Wir sind aber natürlich für einen schlanken öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sind ebenfalls dafür, dass die Rundfunkbeiträge auf freiwilliger Basis gezahlt werden.

Und dann erlaube ich mir doch noch, ein zweites Kapitel noch aufzumachen. Das betrifft das, was Herr Wiese erwähnt hatte, nämlich die Ausrichtung des Senders und die, ich sag 'mal, politische Bandbreite, die im NDR und auch in anderen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zum Ausdruck kommt. Es ist tatsächlich so, dass aus unserer Sicht eine Neutralität bei den öffentlich-rechtlichen Sendern kaum gegeben ist. Es wurde die Umfrage zitiert zu den Volontären. Es gibt noch andere Beispiele dafür. Also beispielsweise hat ja Herr Dr. Gniffke, der jetzt ja seit Neuestem den SWR leitet, ja auch dazu ermahnt, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten eine größere politische Bandbreite abbilden müssen. Und ich erinnere auch hier wieder nur an einen sehr traurigen Vorfall, den es auch beim NDR gab 2018, als in einer Szene im "Polizeiruf 110" ein Fuck-AfD-Aufkleber zusammen mit einem Antifa-Aufkleber erschienen ist. Der Fuck-AfD-Aufkleber wurde dann nachträglich retuschiert, der Antifa-Aufkleber nicht.

Und in diesem Zusammenhang weise ich natürlich auch darauf hin, dass Sie als öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt sich auch genau überlegen sollten, inwieweit Sie hier eigentlich politische Neutralität wahren wollen, denn der öffentlich-rechtliche Rundfunk kann aus meiner Sicht nur überleben, wenn er sich nicht in die Dienste einer einzigen politischen Richtung stellt, sondern versucht, möglichst die gesamte Bandbreite an Meinungen, die es in unserem Volk gibt, auch irgendwie abzubilden.

Das war mein Eingangsstatement. Und wir haben jetzt sehr wenig Zeit, aber Fragen würde ich dann in der zweiten Runde stellen.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Herr Knuth, Frau Rosbach, vielleicht können Sie auf die Themen, die schon als Frage quasi jetzt eingespeist wurden, noch einmal kurz eingehen. Wir hatten einmal das Thema Kürzungsprogramm. Wie begründet es sich, dass ausgerechnet der NDR da jetzt dermaßen sparen muss, war die Frage.

Herr Knuth: Ja, das mache ich gern. Wir haben eine Sondersituation, die sich aus drei Zutaten zusammensetzt. Die erste, wir haben eine Konzernbetrachtung der ARD, die die KEF vornimmt, wenn es um Eigenmittel geht. Wir, der NDR, hatten bei der KEF-Überprüfung wenig Eigenmittel, zwei Häuser viel. Das hat uns einen Abzug von über 80 Millionen für die kommende Beitragsperiode beschert. Das ist der eine Punkt. Wir haben Mindereinnahmen durch den überproportionalen Anteil des Norddeutschen Rundfunks an der Beitragsbefreiung von Zweitwohnungen, das haben wir bei diesem Einschnittspaket mit ungefähr 35 Millionen bemessen. Und wir haben in der laufenden Beitragsperiode schon ungefähr durch Nullrunden und auch Einschnittsrunden – die letzte

im Februar – ungefähr 60 Millionen mehr aufgegeben, als wir hatten, und haben dies dann auf der anderen Seite eingespart in unterschiedlichen Bereichen. Das heißt, so kommen Sie auf diese Extrafaktoren.

Ich hatte, als ich im Sommer 2019 gewählt wurde, eine Zahl von 120 bis 140 Millionen genannt, die wir mutmaßlich für 2021 bis 2024 vor uns haben würden. Und die hat sich jetzt eben verdoppelt. Und jetzt müssen wir schauen, wie es weitergeht. Ich will, was, Herr Walczak, Ihren Hinweis angeht, nur noch kurz sagen, das ist ein verfassungsrechtlich geschütztes Verfahren. Darauf rekurren wir. Ich finde es vollkommen okay, wenn wir über alle Fragen, die Sie aufgeworfen haben – ist eine Gesellschaft durch das, was wir in puncto Pluralität anbieten, gut informiert – auch streitig diskutieren. Dem stelle ich mich auch, finde auch, dass das Thema Pluralität und Abbildung von gesellschaftlichen Gruppen eines ist, was der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit Blick auf die unterschiedlichen ja nicht nur parteipolitischen, sondern auch gesellschaftlichen Richtungen abbilden muss, auch immer wieder durchaus in unseren Häusern thematisiert werden muss.

Und ja, wenn Sie gestatten, würde ich dann kurz die anderen Fragen noch nehmen. Also ich mache es aber wirklich kurz. Hansjörg Schmidt hat zu Recht darauf hingewiesen, wir gehen auf Reichweite, nicht mehr auf Quoten. Warum? Quote ist Marktanteilabbildung in einem bestimmten Alterssystem von Menschen, die dieses Programm nutzen. Und das heißt, es ist im Grunde eine geschlossene Messung. Die, glaube ich, wird der Differenzierung der Mediennutzung nicht mehr gerecht.

Public Value machen wir unverändert. Wir hatten die ARD-Themenwoche. Wir machen jetzt gerade "Hand in Hand" mit der Caritas und dem Diakonischen Werk in allen vier Ländern. Und natürlich gilt auch, Fiktion ist wichtig. Und ich glaube, da müssen wir uns so ein bisschen auch nach der BBC richten. Da brauchen wir auch Unterscheidbarkeit und Exzellenz. Und das gelingt uns im NDR, weil, wir sind ja für den Samstagabend verantwortlich im hohen Maße und "Klein gegen Groß" mit Kai Pflaume oder die "Polarstern" in der ARD-Themenwoche oder auch die Fiktion, und "Das Geheimnis des Totenwaldes" haben Sie angesprochen.

Herr Müller hat zu Recht darauf hingewiesen, wir müssen priorisieren, und wir brauchen eine auskömmliche Kostenstruktur. Aber auf Ihre Frage, Herr Müller, müssen wir alles machen, ist die Antwort, nein, müssen wir nicht mehr, weil, das ist Sinn und Wesen auch von Priorisierung. Und ich glaube, dass wir einen sicheren Kompass brauchen, wie wir in sich verändernden Mediennutzungszeiten auch Dinge bleiben lassen, übrigens auch, um aus den damit eingesparten Mitteln anderes zu packen. Und da geht es in hohem Maße aus meiner Sicht auch um die Frage, dass wir immer im Auge behalten, wir müssen mit neuen Inhalten auf neue Auspielwege kommen. Und die müssen auch unseren Auftrag Information, Kultur und Bildung abdecken.

Die Vielfaltsdebatte habe ich erwähnt, auch, Herr Wiese, mit Blick auf das, was Sie angesprochen haben. Natürlich ist das, wenn auch dieser Befund jetzt irgendwie statistisch hinterfragbar ist – vom NDR haben sich sechs von 17 Volontärinnen und Volontären daran beteiligt –, finde ich ein Thema, wie bilden wir aus und wo suchen wir. Und ein Weg und ein Schlüssel auch vielleicht zur Auflösung dieser Frage, wie kann es dazu kommen, dass da so eine hohe Monochromität herrscht, liegt, glaube ich, darin, dass wir schon uns auch fragen müssen, haben wir genug Regionen, aus denen Volontärinnen und Volontäre kommen, die man eher ländliche Region nennt. Dann ist die Frage der Ausbildung ganz wichtig, also der Vergleich zwischen, alle haben eigentlich ähnliche Lebensläufe und bewerben sich bei uns, haben studiert, haben Praktika, haben Auslandserfahrung, muss man das brechen, indem man sagt, viele sehr gute Journalistinnen und Journalisten haben auch andere Lebenswege, haben zweite

Bildungswege, haben Lehren gemacht, leben nicht in Hamburg-Ottensen oder in den Zentren Hannovers, sondern leben da, wo ein anderes Leben oder ein anderes Wertegerüst existiert.

Und Herr Hackbusch, die Frage fest-frei, die haben wir im Blick. Deshalb bauen wir ja auch bei Festen ab, weil, damit signalisieren wir, das geschieht jetzt nicht auf dem Rücken der freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern das hat auch mutmaßlich mit Hinweis darauf, dass wir anders arbeiten werden, Synergien nutzen werden, auch enger miteinander arbeiten werden, sowohl Folgen für Feste wie für Freie.

Und was die Unabhängigkeit angeht beim Thema Cum-Ex, aber auch generell, kann ich Ihnen sagen, ist vollumfänglich gegeben. Das Interessante an diesem Cum-Ex-Fall, wir haben gesendet, ja übrigens mehrfach. Und wenn es daran Kritik gibt, dann geschieht das nicht im Vorfeld, sondern danach, nach Ausstrahlung. Und dann können wir uns damit befassen. Und so soll es auch sein. So gehen wir mit allen um, die Fragen und Anmerkungen an uns haben, aber im Vorfeld gibt es keine Verbindung zwischen irgendjemandem und der Geschäftsleitung, die Einfluss darauf hätten, was wir senden oder was wir nicht senden.

Das ein erster schneller Durchgang.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Ich gucke ja auch immer, wie das mit der Führungskräftestruktur so aussieht in puncto männlich-weiblich. Von daher, Frau Rossbach, wollen Sie das noch kurz ergänzen?

Frau Rossbach: Ja, wir sprachen über die Diversität. Und wir sind, glaube ich, im Norddeutschen Rundfunk schon auf einem sehr, sehr guten Weg, was sozusagen die Parität zwischen Männern und Frauen in den normalen Berufswegen anbelangt, auch übrigens in den technischen Berufen. Und auch bei den Führungskräften müssen wir uns da nicht verstecken. Wir sind sozusagen da auch sehr gut.

Was die Diversität mit Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund anbelangt, sind wir natürlich auch – und gerade in einer Großstadt mit 27 Prozent Anteil von Hamburgerinnen und Hamburgern, die nicht im hohen Norden geboren sind -, natürlich auch immer auf der Suche nach Menschen, die aus diesen Hintergründen kommen. Es ist nicht ganz einfach. Herr Knuth hat eben über die Volontärskommission gesprochen. Die Bewerbungslage von Menschen mit Migrationshintergrund, jungen Leuten, ist jetzt nicht so toll, wie man sich das vorstellen möchte, weil immer noch – und das sagen uns Familien, die wir danach fragen – der Journalist nicht immer der Beruf der ersten Wahl ist. Immer noch wünschen sich Eltern eher, dass ihre Kinder Rechtsanwälte, Ingenieure oder Zahnärzte werden. Aber wir haben abgesehen von Yared Dibaba, auch wenn man es nicht gleich an der Hautfarbe sieht, auch schon sehr viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Autorinnen und Reporterinnen, die Migrationshintergrund mitbringen und somit auch einen Hintergrund, der unsere Programme und unsere Redaktionen auch in der Diskussion sehr bereichert.

Vorsitzende: Vielen Dank. Tja, jetzt ist es genauso gekommen wie befürchtet. Ich habe hier noch mehrere Meldungen. Ich habe aber unseren Sachverständigen auch zugesagt, dass sie rechtzeitig in die folgende Schaltung kommen, die Sie ja, Herr Knuth, selbst leiten werden. Von daher frage ich Sie kurz: Ich habe hier zwei Wortmeldungen noch vorliegen. Ist das noch im Bereich des Machbaren oder müssen wir jetzt zum Ende kommen?

Herr Knuth: Nein, das ist im Bereich des Machbaren. Ich habe es jetzt so organisiert, dass ich noch bis Viertel nach Zeit habe. Eine Kollegin, die stellvertretende Intendantin, wird diese Programmausschusssitzung des Rundfunkrates leiten. Herr Schmidt weiß, dass

das geht. Und insofern bin ich auch interessiert an dem Austausch mit Ihnen. Wäre jetzt schade, wenn wir den abbrechen müssten. Also sehr gern.

Vorsitzende: Gut, alles klar. Herr Schmidt, dann haben Sie jetzt das Wort.

Abg. Hansjörg Schmidt: Ja, ich hatte auch mich nur noch einmal gemeldet, weil mir zwei Sachen jetzt in der Debatte aufgefallen sind, wo ich immer das Gefühl habe, dass man irgendwo einmal was aufgeschnappt hat und es dann wiederholt, weil es irgendwie in die Diskussion reinpasst.

Das eine ist das Thema mit, was Herr Wiese gesagt hatte, dass Deutschland angeblich den teuersten öffentlich-rechtlichen Rundfunk der Welt hat. Ich glaube, wir haben vielleicht den wertvollsten, aber den teuersten bei Weitem nicht, weil, es gibt noch diverse Länder, die deutlich teurer sind, Schweiz, Norwegen, Österreich, Dänemark. Und dann muss man einmal auch aufpassen, dass man nicht Äpfel und Birnen miteinander vergleicht. Wir haben hier mehrere Vollprogramme inklusive Fernsehen und Radio. Und andere haben dann entweder nur einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Form von TV oder Radio. Insofern ist das auch nur schwer miteinander zu vergleichen.

Und das andere war diese Umfrage mit den Volontären, weil mich damals das auch interessiert hat. Und dazu muss man auch wissen, dass zum Beispiel das ZDF zu dem Zeitpunkt gar keine Volontäre ausgebildet hat und das ZDF von seiner Struktur natürlich etwas anderes ist als Landesrundfunkanstalten und dass so eine Umfrage auch nicht repräsentativ sein kann. Weil Volontäre wahrscheinlich zu 95 Prozent studieren, ist das ohnehin schon einmal ein anderer Bias, den man da hat. Insofern wäre ich da auch immer sehr vorsichtig, wenn man solche Zahlen in den Raum wirft, weil das sehr schnell auf jemanden zurückfällt, der das für seine Zwecke nutzt. Das hat man jetzt eben bei dem Wortbeitrag von der AfD auch gesehen, dass man dann einzelne Zahlen herausgreift, weil sie einem dann in den Kram passen. Und da wäre ich einfach sehr, sehr vorsichtig, solche Sachen in einer so einer medienpolitischen Diskussion zu verwenden.

Das war nur mein kurzes Statement. Danke.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Ich schlage vor, ich gehe jetzt die beiden Wortmeldungen noch durch, und dann, Herr Knuth, haben Sie noch einmal die Gelegenheit, hoffentlich, zu antworten. Herr Walczak hatte sich noch gemeldet. Und ganz kurz wollte Herr Wiese auch noch sich einmischen. Herr Walczak.

Abg. Krzysztof Walczak: Ja, vielen Dank. Ich hätte tatsächlich nur eine Frage an Sie, Herr Knuth, und an Sie, Frau Rossbach. Sie haben ja sicherlich mitbekommen, dass unsere Fraktion vor einigen Monaten einen Antrag gestellt hat, die Sparmaßnahmen, die der NDR sozusagen insbesondere beim Personal vorgenommen hat, ja auch auf die Chefetagen, also sowohl auf Intendant als auch Direktorin von NDR, auszuweiten. Mich würde einmal einfach da interessieren, ob Sie eigentlich einmal das auch in Erwägung gezogen haben, sich selbst auch, auch als vielleicht Zeichen der Solidarität mit den Menschen, die beim NDR auch arbeiten und von diesen Einschnitten betroffen sind, da vielleicht auch nicht auszunehmen, denn, ohne Ihnen zu nahezutreten zu wollen, sind die Gehälter, die Ihnen ja gezahlt werden, doch relativ üppig, sogar höher als das unseres Ersten Bürgermeisters. Da würde mich einmal gern interessieren, wie Sie das sehen.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Herr Wiese, vielleicht stellen Sie auch gleich Ihre Frage.

Abg. Dr. Götz Wiese: Gern, vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich schätze an unseren Ausschüssen sehr, dass wir da über Inhalte und über die Sachen dann auch weiter sprechen können. Das ist uns vielleicht heute nur am Rande möglich gewesen, weil die

Aktualität des Tages diese Diskussion überlagert hat. Und ich habe das selbst auch als notwendig angesehen, ja noch einmal ein paar grundlegende Anmerkungen zu machen. Ich würde aber fragen wollen, auch an Sie, Frau Dobusch, und auch an Herrn Knuth und Frau Rossbach und die Kolleginnen und Kollegen im Chat, ob wir diese Diskussion nicht doch auch im Ausschuss noch einmal fortsetzen sollten, vielleicht aufgreifen sollten das Thema Kosteneinsparungen, wie wird es beim NDR umgesetzt werden, was funktioniert, was funktioniert nicht, dass wir es vielleicht im Jahr 2021 noch einmal auf die Tagesordnung nehmen, um diese inhaltliche Diskussion dann gemeinsam fortzuführen. – Vielen Dank.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank, Herr Wiese. Ich hatte jetzt Herrn Müller auch noch gebeten. Herr Müller, ich glaube, Sie stellen jetzt auch noch Ihre Frage, dann kann Herr Knuth beziehungsweise Frau Rossbach wirklich geballt noch einmal antworten, und ich glaube, das war es dann wahrscheinlich auch. Herr Müller.

Abg. Eckard Graage: Ich hatte mich auch noch einmal gemeldet, nur meine Chat-Funktion funktioniert scheinbar nicht.

Vorsitzende: Ah, Herr Graage, gut.

Abg. Farid Müller: Ja, vielen Dank. Ich habe eine Frage an Frau Rossbach. Und zwar ist mir im NDR-Geschäftsbericht auch dieses Jahr noch einmal deutlich geworden, dass doch das Landesfunkhaus Hamburg, was die Beschäftigtenzahlen betrifft, recht ... – na ja – im Vergleich zu anderen auch das kleinste ist. Und ich habe mich so ein bisschen gefragt, in welchem Verhältnis das steht zum Kieler Landesfunkhaus und Schweriner und zum hannoveranischen Funkhaus und habe dann einmal geguckt so, mit den Bevölkerungszahlen kommt es nicht so recht ins Verhältnis. Oder das gilt ja dann auch für die Rundfunkbeitragszahlerinnen und -zahler. Vielleicht können Sie uns noch einmal sagen, warum in Hamburg sozusagen das Landesfunkhaus unterproportional ausgestattet ist. Das interessiert mich natürlich als Hamburger Abgeordneter besonders.

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Müller. Also gut. Herr Graage, dann stellen Sie Ihre Frage doch jetzt auch noch, dann sind wir einmal alle Wortmeldungen durch. Herr Graage.

Abg. Eckard Graage: Gern. Mich hat etwas erschreckt die Ansage, dass hier Gebäude beziehungsweise Grundstücke verkauft werden sollen, und das war ja immer die Ansage auch von Frau Rossbach, Zusammenlegung in Lokstedt. Was ist denn hier dabei gedacht? Sale-and-lease-back oder endgültige Trennung von Gebäuden? Denn es ist ja ein Einmal-Effekt, wenn wir hier Gebäude verkaufen, das Geld einnehmen und dann ist es dann fürs nächste Jahr oder übernächste Jahr auch dann weg.

Vorsitzende: Ja, okay. Herr Knuth, Frau Rossbach, Sie merken, es gibt hier viele Fragen. Herr Knuth, fangen Sie doch noch einmal an und gucken wir einmal, ob wir das alles noch einmal zu Ende bringen können.

Herr Knuth: Ja, das mache ich gern. Also ich fange einmal an mit der Kernfrage, Herr Wiese. Ich komme sehr gern wieder mit Sabine Rossbach. Ich schlage vor, dass wir dann vielleicht einmal die zweite Jahreshälfte ins Auge fassen, weil, dann wissen wir vielleicht auch etwas mehr über das weitere Prozedere und das denkbare Verfahren in Karlsruhe. Also, sehr gern. Die Frage von Herrn Walczak, wie gehen wir damit um, was die oberen Hierarchien angeht. Wir ziehen einen Verzicht natürlich in Erwägung, haben das aber aus der laufenden Diskussion rausgehalten und werden das dann auch entsprechend kommunizieren, wenn es um die Frage von Gehaltsanhebungen geht. Das ist der Punkt, der auch bei uns an den normalen Tarifsteigerungen hängt. Das ist Punkt 1. Und Punkt 2: ich bin bemüht, die Hierarchien auch flacher zu machen, das heißt, wir sparen nicht nur

unten Stellen, sondern auch oben, heißt, weniger Stellen im außertariflichen Bereich und in den Vergütungsgruppen, die hoch bezahlt sind. Das müsste Sie an dieser Stelle dann eigentlich auch zufriedenstellen. Das ist der eine Punkt.

Der Punkt, der angesprochen wird zum Thema Gebäude, der ist richtig, das sind Einmal-Effekte. Wie gehen wir vor? Wir glauben, dass wir – das haben wir jetzt ja auch gemerkt und das war ja insofern ein Beschleunigungsprozess einer Entwicklung, die sich ohnehin abzeichnete – mit der mobilen Arbeit in pandemischen Zeiten viel gelernt haben. Und, Herr Graage, dazu gehört natürlich auch, wir haben hier am Rothenbaum – das wissen Sie – einige sehr alte Villen, die eigentlich für modernes Arbeiten des Jahres 2020 nicht mehr durchgängig geeignet sind. Wir haben zwei Radiohäuser, die sind 10, 15 Jahre alt, die werden wir halten. Wir haben das Haupthaus, aber wir haben natürlich viele auch aus der Tradition noch der Fünfzigerjahre stammende Gebäude und über die denken wir nach, weil wir glauben, dass wir auch mit dem Neubau in Lokstedt und auch Modulbauten, die wir dort haben, viel besser synergetisch arbeiten können und natürlich heute auch eine andere Bemessung haben, wie viel Arbeitsplatz braucht eine Mitarbeiterin, ein Mitarbeiter im Durchschnitt. Das hat sich in den letzten Monaten noch einmal verändert. Das sind neue Erkenntnisse, die haben alle Unternehmen für sich entwickelt und gesammelt, und ich glaube, dass wir damit so umgehen, dass wir in einem überschaubaren Maß solche Immobilien anbieten. Aber natürlich, glaube ich, ist es sinnvoll, das, was wir nicht mehr brauchen, dann auch in dieser angespannten Zeit zu Geld zu machen, weil es am Ende Programm schont und daran werden wir gemessen. Also auch hier eine Abwägung prioritärer Art.

Ja, die Frage, die wir mit Blick auf unser Programmangebot generell haben, das will ich noch einmal sagen: Wir bleiben ein leistungsfähiges Haus, wir sind nach wie vor eines der großen Medienunternehmen Deutschlands und die drittgrößte Landesrundfunkanstalt in diesem Land und wir sind unverzichtbar in der Region und unverzichtbar mit Blick auf unsere Informationsberichterstattung. Und dass wir da, wo wir stark sind, auch Stärken stärken, das gehört zu dem, von dem ich persönlich glaube, dass es öffentlich-rechtlichen Rundfunk legitimatorisch auf Dauer imprägnieren wird und deshalb bin ich zuversichtlich, dass wir auch durch diese Zeiten jetzt gut kommen. Ich freue mich auf die Diskussion mit Ihnen und würde jetzt Sabine gern das Schlusswort geben.

Vorsitzende: Frau Rossbach, genau.

Frau Rossbach: Ich bin noch die Antwort schuldig nach dem Geschäftsbericht und der personellen Ausstattung des NDR Landesfunkhauses Hamburg. Das ist der sogenannte Flächenvorteil oder -nachteil. Wir sind zwar in Hamburg diejenigen mit einer sehr großen Bevölkerungsdichte, aber einer sehr kleinen Fläche, will heißen, ich kann mit dem Personal, was hier in Hamburg arbeitet, obwohl man, wie Sie ja wissen, nie genug haben kann, alle diese Dinge beschicken und regeln. Die weiteste Anfahrt für einen Reporter ist vom Rothenbaum, ich würde einmal sagen, nach Bergedorf, Harburg oder, ja, in die andere Richtung. Das ist für Kiel etwas anderes und für Schwerin. Dort sind längere Strecken zurückzulegen, dort sind wie in Niedersachsen mehrere Großstädte noch mit zu bespielen und mit Reportagen und Berichten zu versorgen. Deshalb ist in den Flächenländern mehr Personal erforderlich, als das in Hamburg der Fall wäre. Das ist schlicht so ausgerechnet, dass wir mit dem Personal, was wir vor allen Dingen auch journalistisch hier haben, so auskommen können, dass wir eben diese weiten Strecken nicht zurücklegen müssen, auch nicht mit einer SNG, wenn etwas live zu berichten ist. Dann haben wir in Mecklenburg-Vorpommern auch noch drei Studios, die betrieben werden müssen, und dasselbe gilt natürlich für Kiel und auch für Niedersachsen. Insofern bin ich ganz zufrieden, auch wenn wir ein bisschen schlechter wegkommen als die anderen Landesfunkhäuser.

Vorsitzende: Gut. Vielen herzlichen Dank. Wir haben jetzt um zehn Minuten so ungefähr den ursprünglichen Plan überzogen. Ich habe alle Wortmeldungen, die ich gesehen hatte, abgearbeitet. Ich hoffe, ich habe nichts übersehen. Und damit sind wir dann wirklich am Ende dieses ersten, wirklich sehr spannenden Teils unserer heutigen Sitzung angekommen. Ich habe schon mehrfach gehört, dass dieses Thema uns weiterhin interessiert und wir gegebenenfalls es auch wieder in der einen oder anderen Form aufgreifen werden, gern natürlich auch wieder mit unseren heutigen Sachverständigen. Herr Knuth, Frau Rossbach, nochmals vielen herzlichen Dank. Ich wünsche Ihnen natürlich jetzt auch viel Erfolg für Ihre nächste Sitzung, aber das mit dem vielen Erfolg bei dem Umsetzen der Sparbemühungen, da weiß ich nicht so genau. Sagen wir einmal so, ich wünsche uns jedenfalls weiterhin ein anspruchsvolles und auch vielfältiges Programm und hoffe, dass Sie das auch so realisieren können. Und damit schließe ich diesen Tagesordnungspunkt für heute. Vielen Dank an unsere Gäste, an unsere Sachverständigen. Sie können natürlich gern bleiben, aber ich weiß, Sie haben jetzt anderes vor, von daher: Vielen Dank.

Zu TOP 2

Keine Niederschrift; siehe Stellungnahme an den federführenden Haushaltsausschuss.

Zu TOP 3

Die Vorsitzende kündigte an, dass sie das Sitzungsformat der nächsten Sitzung mit den Obleuten absprechen werde.

Sie hielt zudem das Einvernehmen des Ausschusses fest, dass über die unter TOP 1 behandelte Selbstbefassung nun der Bürgerschaft berichtet und im Sommer 2021 eine erneute Selbstbefassung zu dem Thema im Lichte des dann aktuellen Sachstands gewünscht werde. Details sollten in einer der folgenden Sitzungen abgestimmt werden.

Gabi Dobusch (SPD) (Vorsitz)	Norbert Hackbusch (Fraktion DIE LINKE) (Schriftführung)	Dr. Monika Potztal (Sachbearbeitung)
------------------------------------	---	---